

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 7-8

Artikel: Für eine neue Arbeitsgruppe
Autor: Iselin, Alfred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340501>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Frage des Marktes: Es ist wirklich ein Mangel, dass «eine marktwirtschaftlich orientierte Politik der Mitbestimmung und des Mitbesitzes» bisher in allen sozialdemokratischen Parteien «nur schlecht und schemenhaft geblieben»³ ist. Aber gerade darum müssen unsere klaren Forderungen genannt werden, wenn schon Perspektiven aufgezeigt werden sollen. Für Sozialdemokratische Politik gilt nach wie vor: der Markt kann die Menschen nicht bei den grossen Lebensrisiken, Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit oder im Alter sichern, der Markt ist auch blind gegenüber der Zerstörung der Natur. Soziale Gerechtigkeit bleibt in der Marktwirtschaft auf der Strecke.

Dies ist ein weiterer Mangel der «Perspektiven-Texte»: es fehlen Vorschläge, was zu tun ist. Einzig Beat Kappeler bringt mit seinen «Thesen zu Arbeit und Umwelt» Licht statt Nebel in die Diskussion. Sein manchmal überschäumender Optimismus ist zwar erfrischend, aber in ein-

zelnen Punkten nicht ungefährlich. So wenn er richtigerweise die «Streuung des Wohneigentums» fordert, dies aber mit dem laufenden «Abriss der 50 Jahre alt werdenden Mietblöcke zwecks Reihenhausbau» erreichen will. Ein sparsamer Bodenhaushalt bleibt da auf der Strecke. Von den sich ergebenden Siedlungs- und Verkehrsproblemen zu schweigen. Und noch eine praktische Frage dazu: Wie bezahlen die heutigen Mieter in den Blöcken künftig für den Boden einen Quadratmeterpreis von 400 Franken und mehr, ohne vom Arbeitgeber und von der Bank noch abhängiger zu werden? Oder gehören sie alle bereits zur Mittelschicht?

Das Ziel der «Perspektiven-Gruppe» nach mehr Volksnähe der SP mag richtig sein. Aber dies mit einem «linken» Populismus, einem Populismus durch Anpassung erreichen zu wollen, bringt uns nicht weiter. Im Zweifelsfalle entscheiden sich die Wähler dann doch lieber für die richtigen Konservativen. Die SP

wird nicht durch Anpassung stärker, sondern durch Ideen, hervorgegangen «aus einem Bündnis von Arbeitnehmern mit der Intelligenz – mit Kultur und Wissenschaft.»⁴ In diese Richtung müsste die Arbeit der «Perspektiven-Gruppe» zielen. So könnte sie einen Beitrag zur Weiterentwicklung der SP liefern. Allein dies genügt dann noch nicht: «Wer meint, er habe mit dem Beschreiben von Papier schon Politik gemacht, der hat auch nicht viel begriffen.»⁵ Zum Glück heitert der Beitrag von Tobias Kästli über den «Teflonsozialismus» das Gemüt etwas auf, schmunzeln ist erlaubt.

1 Peter Glotz: «Die Arbeit der Zuspitzung», Siedler-Verlag 1984, Seite 40.

2 Hans-Jochen Vogel am a.o. Parteitag der SPD 1987 in Bonn.

3 Peter Glotz: «Die Arbeit der Zuspitzung», Siedler-Verlag 1984, Seite 32.

4 Karlheinz Mandaner, Michael Müller, Horst Peter: «Der «linke» Populismus gefährdet die SPS» im SPD-Vorwärts Nr. 26/87.

5 Willy Brandt am a.o. Parteitag der SPD 1987 in Bonn.

Für eine neue Arbeitsgruppe

Von Alfred Iselin

Die komplexen staats- und wirtschaftspolitischen Probleme sollten nicht mit den parteipolitischen Schwierigkeiten vermischt werden. Nach altbewährter Tradition sollten wir zunächst eine Analyse der Wirtschaft und des Staates und ihr Verhalten gegenüber den abhängig Beschäftigten vornehmen, um nachher unsere Stellung zu markieren, unsere Forderungen zu formulieren und eine Strategie zu entwickeln. Dieser kurze Aufsatz kann nur einen kleinen Teilbereich aufzeichnen.

Kapitalismus oder freie und soziale Marktwirtschaft?

In den «Blättern für deutsche und internationale Politik» 1/83 schrieb A. Voegelé folgendes: «Dem damals im Bewusstsein vieler Menschen vorhandenen Wissen um die kapitalistische Basis des Faschismus und dem Interesse an einer aktiven Umgestaltung der nach dem Kriege fortbestehenden Eigentumsverhältnisse konnte nun aber nicht mehr mit dem Hinweis auf die «natürliche Ordnung», der man

jetzt freien Lauf lassen müsse, begegnet werden. Ein Etikettenwechsel war notwendig geworden... Die Formel der für die Nachkriegsordnung Deutschlands «richtigen» Wirtschaftsordnung war die der «Marktwirtschaft», eine Begriffsbildung der frühen 20er Jahre und das Resultat der bereits erwähnten, scheinbaren Lösung der Rentabilitäts- und Preismechanik über Märkte. Akademisch führte diese «Geburt» zu einem der gigantischsten «Wörterbuchunternehmen» der Nach-

kriegszeit und für die Forschung zu einer vorübergehenden Stille-
gung wertvoller nicht-marxisti-
scher Erkenntnisse über die
Funktionsweise des Kapitalis-
mus.»

Warum aber meiden selbst So-
zialdemokraten das Wort Kapi-
talismus und brauchen öfters
dafür sogar freie und soziale
Marktwirtschaft? Hat sich denn
tatsächlich etwas verändert? Die
Produktivität ist – wie Marx vor-
ausgesehen hatte – gewaltig ge-
stiegen und wird weiter steigen.
Dadurch konnten die Gewerk-
schaften kürzere Arbeitszeiten,
mehr Ferien und Realloohnerhö-
hungen erkämpfen. Sonst ist
aber alles gleich geblieben: Kei-
ne Mitbestimmung, wenig Rech-
te und Schutz. Und von dem
Geld, das die Arbeitnehmer für
die Kapitalisten verdienen
(Mehrwert), wird ein anständiger
Brocken zur Bekämpfung
der Postulate der abhängig Be-
schäftigten eingesetzt, und die
Verteilung des Kuchens ist alles
andere als gerecht und noch we-
niger sozial. Hohe Einkommen
gestatten und führen auch zu
grösseren Ersparnissen. Sparen
bedeutet vorerst auch Nachfra-
geausfall, weil Ersparnis weni-
ger Konsum impliziert. Es ist
einleuchtend, dass einkom-
mensrestringierte Nachfrage bei
den unteren Schichten mit sätti-
gungsbedingtem, genauer der
Geldvermögenspräferenz ge-
schuldetem Nachfragemangel
bei den höheren Einkommens-
schichten einhergeht. Dort
Kaufkraftmangel, hier Sätti-
gung. In der Tat sind die hohen
Einkommen mitverantwortlich
für die Konsumschwäche und
damit an der Arbeitslosigkeit.
Erhöhter Konsum führt wieder-
um zu mehr Umweltbelastung.
Wie wollen eigentlich Sozialde-
mokraten die hohen Einkom-
men noch rechtfertigen?

Kapitalismus global

Wir dürfen aber den Kapitalis-
mus nicht nur an den schweizeri-

schen Verhältnissen beurteilen.
Zwar ist die Armut in der
Schweiz immer noch gross.
Aber im Ausland treffen wir auf
Millionen von Menschen, die ar-
beitslos sind und dahinvegetie-
ren müssen. Im bürgerlichen
Westen sterben immer noch vie-
le Menschen den Hungertod und
das auch im reichen Amerika.
Die Elendsquartiere zeigen uns
drastisch, wie unsozial dieser
Kapitalismus ist und wie wenig
Menschen ohne Geld ihre Be-
dürfnisse in dieser «sozialen»
Marktwirtschaft anmelden kön-
nen. Wer aus irgendeinem
Grund kein Geld hat, hat in der
Marktwirtschaft anscheinend
keine Bedürfnisse. Oder ist es
sozial, wenn die einen ihr Kapi-
tal von Jahr zu Jahr aufstocken,
während die andern ihnen die
Dividenden, Gewinne und Zin-
sen erarbeiten müssen und selbst
zuwenig zum Leben aber doch
zuviel zum Sterben haben? Kri-
sen sind immer die treuen Beglei-
ter des Kapitalismus! Oder kann
sich etwa der Kapitalismus mit
dem Austauschverhältnis im
Warenverkehr mit den Entwick-
lungsländern als eine soziale
Marktwirtschaft präsentieren?
Schon lange wird hier eine neue
Wirtschaftsordnung verlangt.

Kapitalismus oder Sozialismus?

«Sobald die Wirtschaftstheorie
jedoch zentrale gesellschaftliche
Probleme behandelt, wird sie
zwangsläufig zur Politischen
Ökonomie...Es gibt keine (Pa-
tentrezepte) gegen Ungerechtig-
keit, Faschismus und gegen Ar-
beitslosigkeit, wohl aber gibt es
politische Gegenwehr, die um so
erfolgreicher sein wird, je besser
die nur theoretisch erreichbare
Klärung der Ursachen histori-
schen Übels gelingt und je ursa-
chengerechter gehandelt wird»,
schreibt Zinn.¹ Darum sollten
wir uns vermehrt mit Sozialis-
mus, Marx und Keynes beschäf-
tigen. Wie aber der Kapitalismus
verschiedene Gesichter hat: von

der Schweiz über die Türkei
nach Chile, so könnten wir uns
sicher einen Sozialismus schwei-
zerischer Prägung vorstellen.
Sowenig wir uns vor unseren
Bundesbahnen, den PTT-Ber-
trieben oder kommunalen Un-
ternehmungen fürchten müs-
sen, ja im Gegenteil die Arbeit-
nehmerschaft darf auf diese
stolz sein, so wenig dürfen wir
von der Frage nach weiteren
Verstaatlichungen absehen. Wir
müssten die Bevölkerung eben
auch aufklären, dass die Ge-
meinschaft (Staat, Gemeinde
oder Genossenschaft) für die
Gemeinschaft der Menschen
sich betätigen muss. Wir müss-
ten uns viel intensiver mit diesen
Fragen auseinandersetzen.
Wichtig scheint mir auch, was
seinerzeit ein «Bund»-Korre-
spondent über Russland
schrieb: «Man wird schwerlich
in diesem riesigen Reich einen
Menschen finden der hungert.»
Mit einer Tagung im Beisein der
Herren Hayek und Arnold lösen
wir sicher unsere Probleme
nicht.

Der Staat oder die Gemeinschaft und wir

Wenn der Staat, auch wieder
dank den Sozialdemokraten
und den Gewerkschaften, etwas
ordnend eingreift in das Gesche-
hen der Wirtschaft, so ist dies
nicht das Verdienst dieser an-
geblichen «sozialen und freien
Marktwirtschaft». Aber erst der
Staat kann die freie Entfaltung
der Individuen ohne Unter-
drückung oder zu starke Be-
nachteiligungen gewähren. Li-
beral ist mir zu anrühlich. Es
weist zu stark zum Liberalismus
hin. Freiheit und Individualität
in der Gemeinschaft muss unse-
re Lösung sein!

Zugleich muss sich der Staat in
all seinen Bemühungen nach der
Produktivität der Wirtschaft
richten. Aus Konkurrenzgrün-
den hat er die Forschung zu ent-
wickeln und die Produktivität

wenn immer möglich in der Wirtschaft zu fördern. Da der Mensch ein Teil der Natur ist und mit der Natur leben muss, dürften solche Prozesse nur im Zusammenwirken mit der Natur gelöst werden. Das heisst der Mensch müsste seinen Egoismus im Interesse der Mitmenschen als ein Teil der Natur, wie der übrigen Natur, ablegen und vermehrt als gesellschaftliches Wesen handeln.

Überhaupt muss die Gemeinschaft die Tätigkeit der Wirtschaft und ihr Verhalten gegenüber Mensch und Natur vermehrt lenken. Da gibt es aber keine Staatsquote, da muss gemacht werden, was sich mit der Entwicklung als notwendig erweist. Wenn Politiker – auch linke – mit der Staatsquote politisieren wollen, dann bestätigen sie nur ihr Unvermögen, die vielfältigen Probleme, deren Lösungen und Finanzierungen zu bewältigen. Wenn ein Amt für Umweltschutz errichtet werden muss, kann doch nicht einfach nach der Staatsquote gefragt werden. Eine Staatsquote ins Gerede bringen kann höchstens eine Bremserpartei. Ein Ertrinkender kann auch nicht gerettet werden ohne Einsatz eines Retters. Auf welchem Weg der Einsatz abgegolten werden muss, das wiederum ist ein der Politik vorbehaltener Entscheid.

So könnte es uns recht sein, wenn der Staat fast ausschliesslich das Gesundheitswesen über die Steuern finanzieren würde. Ob wir die Beiträge an die Krankenkassen oder über die Steuern dem Staat abliefern, sollte doch egal sein. Im Gegenteil die Bezahlung könnte sogar wirtschaftlicher und energiesparender sein. Wobei noch abzuklären wäre, wieviel vom Lohn abgezogen werden sollte. Was zählt sollte die Leistung sein, und nach ihr sollte die Staatsquote beurteilt werden. Es wäre nun Aufgabe der Partei – wenn die Mittel vorhanden wären –,

die Bevölkerung über diese rationellere Art der Lösung des Gesundheitswesens zu orientieren. Aber das muss auch gesagt werden, in dieser Demokratie hat leider der finanziell Stärkere das Sagen.

Wenn Wirtschaft und Staat eine in der Durchführung teure 2. Säule neben der günstigen AHV beschliessen, verlieren doch die Wirtschaft und ihre Politiker das Recht, sich über schlechte Rahmenbedingungen zu beklagen. Es ist übrigens ihre eigene Angst vor ihrem bürgerlichen Staat, die sie zu diesem ideologischen aber wirtschaftlich wie sozial schlechten Entscheid drängte. Ähnliches könnte von der Privatversicherung gesagt werden. Aber wenn die bürgerlichen Politiker zugleich Wirtschafts- und Versicherungsvertreter sind, und an beiden Orten die Quellen fliessen, schöpfen sie lieber doppelt, um so mehr als sie damit das Risiko noch verteilen. Aber dass die Sozialdemokraten dies Machwerk noch loben, ist unverständlich.

Dezentralisation

Diese kann, muss aber nicht besser sein. So ist gerade die 2. Säule stark dezentralisiert. Und von der Dezentralisierung der über 50 sogenannten Privatbahnen entstehen für die Beschäftigten durch die privatwirtschaftlichen Verträge, z.B. durch niedrigere Löhne, Nachteile. Die Reisenden spüren das in den höheren Tarifen (bis über 40%), während die ungefähr 40 Direktoren die lachenden Dritten sind. Von der Ökologie her betrachtet ist eine unvernünftige Aufblähung von Verwaltungen durch Dezentralisierungen mit entsprechendem Energieverschleiss abzulehnen. Durch Fusionen mit den SBB, oder wenigstens der Privatbahnen unter sich, und der Unterstellung der Arbeitnehmerschaft unter das Beamtenverhältnis der SBB könnte Ener-

gie eingespart und endlich für alle Bahnangestellten die gleichen Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Hingegen können wir sicher der Dezentralisation der Werkstätte zustimmen.

Frieden und Armee

Es ist seltsam, dass die «Perspektivler» sich mit diesem Thema, das für die Menschheit überaus wichtig ist, nicht beschäftigen. Gerade hier sollte die SP vermehrt eine klare Haltung nicht nur einnehmen, sondern auch im Parlament mit Wort und Tat verteidigen. Eine Ausnahme macht hier unser sehr bewährter H. Braunschweig. Ist es nicht traurig, wenn mit dem Argument der Arbeitsbeschaffung Rüstungskrediten zugestimmt werden? Unter vernünftigen Menschen sollte es doch möglich sein, die verbleibende Arbeit – nach Abschaffung oder Verminderung der Rüstung – unter die ArbeitnehmerInnen zu verteilen. Seit 1945 wird uns erzählt, die Russen kämen. Dabei sind sie sogar aus Wien abgezogen.

Bildung

Dieser Streifzug durch die Probleme sollte nicht nur durch einige Parlamentarier «gelöst» werden. Hier liegt ein grosses Betätigungsfeld für die politische Weiterbildung vor uns. Eine aktive Partei, und gerade eine Partei, die etwas verändern möchte, ist auf eine grosszügige und ausgebaute Bildungsarbeit angewiesen. Und jetzt, bei bald nur noch 40 Arbeitsstunden in der Woche, sollte es möglich sein, der Bildung die nötige Beachtung zu schenken.

Zudem ist es nach meiner Ansicht nicht möglich, die Perspektiven in einer nach meiner Auffassung einseitig zusammengestellten Arbeitsgruppe für unsere Partei zu erarbeiten.

Es wäre wünschenswert, innerhalb der SP eine Arbeitsgruppe «soziale, ökologische und demokratische Schweiz» zu grün-

den. Diese müsste sich mit Marx, seinen Analysen, seinen Aussagen zur Natur und zum Sozialismus, aber auch mit Keynes und Gorz beschäftigen. Gibt es einen Weg zu einem Sozialismus schweizerischer Prägung? Wer sich dazu entschliessen

könnte, möchte sich melden bei
Alfred Iseli
Kasparstrasse 15/141
3027 Bern
Telefon 031 / 56 47 51

1 Karl G. Zinn: Arbeit, Konsum, Akkumulation. Hamburg 1986

Freiheit zu offenen Perspektiven

Von Franz N. Brander

Es ist lobenswert, wenn sich Leute bemühen, das in Worte zu fassen, was sie für erstrebenswert halten. Denn viele Erfahrungen haben sie zu diesen Sichtweisen gebracht, die nun in der Auseinandersetzung ihre Kanten etwas abrunden werden. Perspektiven wollen fürs erste durchsichtig machen, klären, welcher Weg gangbar ist. Dabei verraten Thesen, Überschriften oder Titel Grundsätzliches. Eine Grundhaltung, die im sozialdemokratischen Denken fragwürdig ist, ist die Wegbereitung für den Wettbewerb. Wettbewerb ist für *Beat Kappeler* der Weg, der von den Monopolen wegführt. Sicher liegen ihm das Zusammenhalten und die Grundrechte eines jeden und das langfristige Überleben aller am Herzen. Ist aber die Grundhaltung des Eintretens für den Wettbewerb die Richtlinie der sozialen Gerechtigkeit, die den Menschen aus Abhängigkeiten und Zwängen befreit? Genügt es, aufzuweisen, dass Effizienz und Zweck-Mittel-Rationalität zutiefst menschlich sind, um sie zur Überwindung von Nöten einzusetzen? Den Ruf, das Schreien und das Fordern von Effizienz hat sich die SP bisher nicht auf die Fahnen geschrieben, weil sie hier zurecht recht schnell die Gefahr zur Begründung neuer verschiedener gesell-

schaftlicher Schichten befürchtet. Oder hat sich die SP erst nachträglich wieder um die Un-effizienten zu kümmern?

Heiligen Zweck und Mittel das Leben?

Genauso bedenkenswert ist die Reduktion der Arbeit auf die Sichtweise der Zweck-Mittel-Rationalität. Die Zweck-Mittel-Rationalität weist nur noch weiter in die uns zur Genüge bekannte Richtung der Anonymität und der Zerstückelung unseres Lebens. Das blosses Arbeits-Mittel zum Zweck unseres Lebens verliert so jede Würde des Lebens, welches sich um die Sorge des Mitseins mit anderen in einer uns gemeinsamen Welt getragen weiss. Die Arbeit will an sich ein Schaffen an einer uns freundlichen und lebenswürdigen Welt sein. Ist sie das nicht, redet man zurecht vom Job und dergleichen. Das lieblose und abschätzige Reden verrät solches zur Genüge.

Die Frage der Verantwortung

Zu beachten ist ferner das bedenkliche Sich-Einsetzen für das Zurücklegen der Verantwortung in die Hand des Einzelnen. Muss die Verantwortung wirklich aus der Hand der Kartelle, Monopole und Konzerne in die

des Einzelnen zurückgelegt werden? Und wenn sich diese Einzelnen wieder jene Strukturen schaffen, die heute die Kartelle, Monopole und Konzerne für sich beanspruchen? Liegt es deshalb an der SP, sich für neue Selbständige stark zu machen und sich den Marktmechanismen der Konkurrenz stark zu verschreiben? Da macht sich Nostalgie breit.. Nostalgisches Sehnen nach der Zeit der aufblühenden Nachkriegswirtschaft, in der deren Folgen noch nicht ersichtlich waren, soll des Rätsels Lösung sein! Unter günstigen Wettbewerbsbedingungen soll die Wirtschafts- und Besitzstruktur wieder flott vonstatten gehen. Wirklich?

Verlustwette

Der Einsatz zugunsten des Wettbewerbs lässt aufhorchen. Jeder, der an einer Wette teilnimmt, riskiert zu verlieren, auch wenn dieses Verhalten zutiefst menschlich ist. Wer gewinnt, tut dies auf Kosten der anderen. Jeder Wettbewerb schliesst aus und ist darauf aus, andere auszusteichen. Eine solche wirtschaftliche Grundhaltung ist der SP unwürdig. Gleich unwürdig ist die Wissenschafts- und Technikgläubigkeit. Können wirklich